



Patrik Köbele,
Ratsherr der
DKP Essen

Warum ist eine Stimme für die DKP so wichtig?

Viele Bürgerinnen und Bürger fragen uns, warum sie DKP wählen sollen, wenn doch die Wahlerfolge der Linken vielversprechender sind. Einige meinen, das wäre vielleicht eine vertane Stimme. Um darauf Antwort zu geben, führte das Rotlicht mit Patrik Köbele, dem Ratsherrn der DKP, ein Interview.

rotlicht: Patrik, warum soll man bei den Kommunalwahlen am 30. August DKP wählen?

Patrik Köbele: Das muss natürlich jede/r selbst entscheiden. Aber wir denken, dass wir in den vergangenen Jahren das gemacht haben, was wir versprochen haben, und das sogar ganz gut.

rotlicht: Kannst Du das begründen?

Patrik Köbele: Wir stehen in erster Linie für Transparenz. Wir haben unser Ratsmandat genutzt, um mit den Menschen gemeinsam Druck für eine soziale Politik zu machen, die sich an den „kleinen Leuten“ orientiert und nicht an den Interessen der Reichen und Mächtigen.

Wir verstehen uns als Opposition gegen eine Politik die kürzt und privatisiert. Essen schmückt sich mit „Großstadt für Kinder“, während jedes dritte Kind in Armut lebt. Essen nennt sich Kulturhauptstadt und plant abgehobene Projekte, während gleichzeitig über Kürzungen bei den Stadtteilbibliotheken geredet wird. Millionen Euro gehen in die Messe Essen und werden in die EWG gesteckt, während Sportanlagen geschlossen werden und in Umkleideräumen

der Schimmelpilz wuchert. Ein neuer Ratseingang verschlingt eine halbe Million, während das letzte Freibad im Essener Norden geschlossen wird. Und das städtische Pleiteprojekt Weststadthalle wird als Abschiebebahnhof für ein Jugendzentrum missbraucht, während das Jugendzentrum Papestraße zu einer privaten Eliteschule umfunktioniert wird. All das veröffentlicht die DKP und organisiert Widerstand.

rotlicht: Was würdest Du konkret anders machen?

Patrik Köbele: Angesichts der Milliardengeschenke an Banken und Konzerne sind wir nicht bereit, uns mit der „Pleite der Kommunen“ abzufinden. Wir sagen: Geld ist genug da. Hier muss Essen auf die Barrikaden gehen gegen die Politik von Bund und Land. Wir würden die Pläne (das Geldversenken) bei der Marina, der Parkautobahn, dem Weiterbau der A52, dem Neubau der A535 und einigen Hochglanzprojekten stoppen. Wir wollen weg von Schaufensterprojekten und Geschenken an Konzerne, hin zu Maßnahmen gegen Kinderarmut, für den Breitensport, für die Breitenkultur (z.B. Stadtteilbibliotheken) für Bildung und Jugend.

rotlicht: Wo liegt denn der Unterschied zur Partei Die Linke?

Patrik Köbele: In der bestehenden gemeinsamen Fraktion „DIE LINKE/DKP/AUF gibt es nicht nur Gemeinsamkeiten. So werden wir z.B. niemals einknicken in der Frage, es sei kein Geld da. Wir machen öffentlich, wie unsere Ratsmitglieder ihre Sitzungsgelder verwenden. Wer Konsequenz und Transparenz zugleich fordert, der muss DKP wählen.

Kabelnetz-Ausbau riecht nach Filz und Selbstbedienung

Die städtische Tochter EVV will mit der privaten Firma conlinet eine neue Firma gründen, die in Essen die Breitband-Glasfaser-Verkabelung in die Wohnungen der Essener Einwohner verlegen soll. Es geht um viel Geld, zweistellige Millionenbeträge werden genannt.

Keiner weiß so richtig, warum conlinet der Partner sein soll. Was man weiß ist, dass es bei der Gründung von conlinet den Verdacht gab, dass diese als Privatfirma einer städtischen Firma – unter merkwürdigen Umständen – einen Millionenauftrag weggeschnappt haben soll. Die conlinet ging aus der CNE hervor, die CNE aus den Stadtwerken.

Hartnäckig halten sich Gerüchte, dass eine Untersuchung viele Hinweise auf Selbstbedienung in Millionenhöhe ergab. Einige der genannten Personen sollen damals bei der CNE eine wichtige Rolle gespielt haben – und sind heute Besitzer und Geschäftsführer bei der conlinet. Patrik Köbele, Ratsherr der DKP stellte diese Fragen im Rat. Antworten erhielt er nicht. CDU, SPD und Grüne ignorierten diese Fragen und zogen bei der Beschlussfassung durch. Im EVV-Aufsichtsrat sitzen unter anderem die Ratsherren Britz (CDU), Paß (SPD) und Mostofizadeh (Grüne). Wundert sich da noch irgendwer?

Grundschule Haarzopf: Endlich auf Standort festlegen?

Das monatelange Gezerre und die Sprachlosigkeit von CDU/Grüne in Bezug auf den künftigen Standort der Grundschule in Essen-Haarzopf ist ganz schön nervig. Klar ist, Hatzperschule und Raadter Schule müssen zusammen gehen, weil es immer weniger Kinder gibt. Klar ist auch, keines der beiden bisherigen Gebäude erfüllt die notwendigen Standards für eine Vierzügigkeit. Dennoch, die Mehrheit der Haarzopfer

Bürger befürwortet die Grundschule auf dem Grundstück der Raadter Straße, und zwar als Gemeinschaftsgrundschule. Da nach Prüfung dieses Gelände tatsächlich die größten Vorteile mit sich bringt, schließt die DKP sich diesem Votum gerne an und fordert CDU/Grüne auf, sich endlich auch zu entscheiden. Kinder, Eltern und Lehrer/-innen brauchen Planungssicherheit.

Zur Kommunalwahl am 30. August bietet die DKP Essen einen **Briefwahl-Service** an. Wir helfen Ihnen gerne. Einfach anrufen unter: **Tagsüber: 235645 (DKP-Büro), Abends: 0177 – 3847117 (Siv Mammitzsch)**

Sozial- und Lohndumping bei der AWO Essen

Die Arbeiterwohlfahrt spart beim Personal. Während sie sich als „Sozialverband“ zaghaft gegen Armut und prekäre Arbeitsverhältnisse ausspricht, produziert sie diese als Arbeitgeber von mehr als 1.000 Mitarbeiter/innen selbst. Um den mit der Gewerkschaft ver.di abgeschlossenen Tarifvertrag zu unterlaufen, wurde im vergangenen Jahr eine AWO-Service-GmbH gegründet, die keiner Tarifbindung unterliegt. Alle seitdem neu Eingestellten erhalten nur



noch Arbeitsverträge dieser Service-GmbH. Deshalb schlägt hier das (AWO)-Herz des Arbeitgebers höher, kann er doch ohne lästige Tarifverhandlungen oder gar Mitbestimmung schalten und walten:

- So wurden die Gehälter examinierter Altenpfleger/innen um 10 %, die Gehälter der Altenpflegehelfer/innen gar um 22-24 % gegenüber dem gültigen Tarifvertrag der AWO-NRW abgesenkt.
- Mitarbeiter/innen der Service-GmbH bekommen nur Zeitverträge.
- Das Weihnachtsgeld ist jetzt ein Anwesenheitsbonus, der um 12 % gegenüber der vergleichbaren Jahressonderzahlung im AWO-Tarifvertrag abgesenkt wurde. Doch diesen „vollen“ Bonus erhalten nur jene Mitarbeiter/innen, die weniger als 12 Fehltage im Jahr hatten. Wer z. B. 20 Tage krank war, erhält nur noch die Hälfte, ab 33 Fehltagen

gibt es keinen Anwesenheitsbonus mehr! Da die Mitarbeiter/innen in Pflegeeinrichtungen im Arbeitsalltag extremen körperlichen Belastungen und oft unverschuldet Krankheitserregern ausgesetzt sind, stellt diese Regelung eine besondere Unverschämtheit dar.

Bei den Tarifverhandlungen im Februar 2009 zwischen ver.di und der AWO in Nordrhein-Westfalen weigerten sich die Arbeitgeber bis zuletzt, über eine Einbindung der Service-GmbH's in den Tarifvertrag auch nur zu reden! So versuchen Vorstand und Geschäftsführung der Arbeiterwohlfahrt Essen weiterhin einen Keil in die Belegschaften ihrer Einrichtungen zu treiben.

Die AWO beschreibt in ihrem Leitbild, ihr Handeln sei durch die „Werte des freiheitlich-demokratischen Sozialismus“ bestimmt, und zählt dann die Begriffe „Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit“ als wichtigste Werte auf. Für AWO-Mitarbeiter zählen diese Werte leider schon lange nicht mehr.

Kaiserpark Fest 15. - 16. August '09

Essen-Altenessen · Stankeitstraße

PROGRAMM

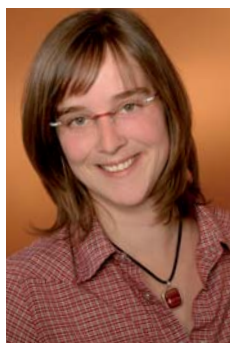
- ★ Die Ahrendahler
- ★ Sound off Limit ★ Danny Bach
- ★ Gleis 38 ★ Elvis ★ Cuppatea
- ★ Sketche mit Frauenpower
- ★ TENDENCIA kubanische Rockband
- ★ Ziehung des Quiz-Gewinners
- ★ Kinderfest ★ Kindereisenbahn
- ★ Essen & Trinken zu vollstümlichen Preisen
- ★ Großer Flohmarkt an beiden Tagen (Lfd. Meter 4,- € für beide Tage)
- ★ Kinder frei!
- ★ Initiativen: Essen gibt Gas Weltladen Altenessen Legodoktor

umsonst & draußen

BÜRGER LISTE
Dem Norden eine Zukunft!

Anzeige

Stadt macht Murks, nun muss die Jugend zahlen



Siw Mammitzsch, in der DKP Essen verantwortlich für Kinder- und Jugendpolitik, kandidiert zur Kommunalwahl 2009

In der Weststadthalle soll das zentrale Jugendzentrum der Stadt eingerichtet werden. Die DKP hat sich die Räumlichkeiten angesehen und kommt zu dem klaren Urteil: dafür ist die Weststadthalle nicht geeignet! Wieso? Neben einem großen Konzertsaal gibt es einen Eingangsbereich, der so eine Art Cafe und Treffpunkt werden soll und einen kleineren Saal. Zieht man die Büros der Mitarbeiter/innen ab, bleiben als Gruppenräume gerade mal 2 Räume übrig. Alle anderen müssen mit der Musikschule geteilt werden, sind stundenweise schon belegt. Selbstbestimmte Projekte, kreative Arbeit und Selbstverwirklichung ist so nicht möglich.

Warum schlägt die Politik diesen Ort überhaupt vor? Weil die Stadt auf einem langfristigen Mietvertrag festsetzt und keinen privaten Veranstalter findet, der die horrenden Mieten einspielen kann. Zwei Pleiten hat es dort schon gegeben. Wieder so ein Hochglanzprojekt, mit dem die Stadt das Geld zum Fenster rausgeworfen hat. Damit die Weststadthalle nun überhaupt sinnvoll

genutzt wird, muss die Jugend mit Einbußen beim Angebot bezahlen. Deshalb lehnt die DKP die Einrichtung eines zentralen Jugendzentrums in der Weststadthalle ab.

Endgültig wurde dem Fass der Boden ausgeschlagen, seit bekannt wurde, dass die Stadt das Gelände an der Papestraße bereits für die Ansiedlung einer Internationalen Schule vorgeschlagen hat. Eine Schule für die Elite (über 10.000 Euro Schulgeld pro Jahr) gegen ein sanierungsbedürftiges Jugendzentrum. Bislang war der Stand, das JZE sei marode. Der Architekt, der die Schule bereits geplant hat, nahm als Grundlage aber das Gebäude des JZE. Wäre das JZE also sanierungsfähig? Und wieder übernimmt ein städtisches Unternehmen, nämlich der Allbau, als Investor das Risiko. Was, wenn die Schule nicht läuft? Dann könnte der Allbau doch gleich ein hochmodernes Jugendzentrum bauen. Das wäre mal was.

Jetzt will ich auch

- mehr Infos über die DKP
- Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe
- Mitglied der DKP werden

Name

Vorname

Straße

PLZ / Ort

Ausfüllen, ausschneiden & abschicken an:
DKP Essen, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
www.dkp-essen.de
E-Mail: dkp.essen@dkp-essen.de

Anzeige

M. 26-7 **Cuba - Party in Essen!**
17. Fiesta Moncada
Bürgerhaus Oststadt, Schultenweg 37 - 41
45279 Essen

Anlässlich des 56. Jahrestages der Kubanischen Revolution

Samstag, 25. Juli 2009

15.00 - 20.00 Uhr

Anzeige

Armut macht krank, Armut verhindert Bildung

Schon wieder eine Studie der Stadt Essen (Schuleingangsuntersuchungen) die verdeutlicht, dass Essen keine Großstadt für Kinder ist. Schon in der Zusammenfassung wird betont, dass vor allem der soziale Status der Haushalte, in denen die Kinder aufwachsen, ausschlaggebend für deren Gesundheit ist.

Mit schlechter Gesundheit lernt es sich schlecht

Die Schulanfänger/-innen werden nach vielen Befunden untersucht: Sehstörungen, Sprachstörungen, Übergewicht/Adipositas, Hörstörungen, Verhaltensauffälligkeiten. Hier gab es teils deutliche Verschlechterungen vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2007. Lediglich Störungen der Körperkoordination, der visuellen Wahrnehmung und der Visuomotorik (Aufnahme und Verarbeitung visueller Symbole sowie die

Fähigkeit zu deren handmotorischer Umsetzung) sind zurück gegangen. Kinder aus Familien mit niedrigem Sozialstatus weisen häufiger Befunde auf. „Für die betroffenen Kinder ist der Start in die Schullaufbahn somit deutlich erschwert. Und wenn sie von Entwicklungsstörungen in mehreren Bereichen betroffen sind, ist ein Schulversagen nahezu vorprogrammiert.“

Wieder bestätigt: armer Norden, reicher Süden

Armut und Reichtum konzentrieren sich in einigen Stadtbezirken, Stadtteilen und Wohnquartieren mehr oder weniger stark. Besonders die Kinder in den Stadtbezirken I, V und VI sind von Armut und gesundheitlichen Beeinträchtigungen betroffen.

Kinder, die länger in einem Kindergarten

betreut wurden, weisen einen deutlich besseren Entwicklungsstand auf und haben weniger gesundheitliche Beeinträchtigungen. In den Stadtbezirken I, V und VI haben weniger Kinder einen Kindergarten 1 Jahr lang oder länger besucht als in anderen Bezirken und genau hier liegen die meisten Befunde vor.

Und die Politik schaut zu

Sich selbst gefeiert haben die großen Parteien mit dem Beschluss zum Maßnahmenplan „Großstadt für Kinder“. Dort wurde vereinbart, die Quote der Kinder mit gutem Gesundheitsstatus von 58% im Jahre 2007 auf über 60% im Jahr 2010 zu erhöhen. Wer solche niedrigen Ziele verfolgt, dem liegen die Kinder nicht genug am Herzen. Bildung ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Wir müssen dafür sorgen, dass die Kinder überhaupt lernen können!

Schüler auf der Straße

„Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Bildung klaut“ – hallte es lautstark am 17. Juni durch die Innenstadt. 2.500 Schüler, sogar Grundschüler, demonstrierten beim 2. bundesweiten Bildungstreik in Essen. Die DKP war dabei und unterstützt die Forderungen.

„Wir nehmen es nicht länger hin, dass wir nur noch lernen, um Prüfungen zu bestehen. Schule muss auch Lebensort sein“, so die Bezirksschülervertretung in ihrem Aufruf. „Derzeit ist Schule vor allem ein Ort des Leistungsdrucks. Zentrale Prüfungen nutzen nur der Wirtschaft. Das Abitur nach 12 Jahren

erhöht den Stress und erschwert RealschülerInnen den Zugang zum Abitur. Alle Schüler/-innen sollen die gleichen Chancen bekommen.“

Die wichtigsten Forderungen sind:

- Abschaffung aller zentraler Prüfungen und des Turbo-Abis!
- Eine Schule für alle!
- Für eine kostenfreie Bildung für alle, vollständige Lehr- und Lernmittelfreiheit!
- Mehr Lehrkräfte und kleinere Klassen!
- Abschaffung von Kopfnoten!

Solidarität mit den kämpfenden ErzieherInnen

Die DKP unterstützt die Forderung nach einem Gesundheitstarifvertrag für die sozialen Berufe. Die Arbeitgeberverbände, auch die Stadt Essen, müssen endlich Verhandlungen aufnehmen. Die gesundheitlichen Belastungen am Arbeitsplatz sollen ermittelt und als Grundlage für Arbeitsschutzmaßnahmen und Anpassungen beim Personal dienen. Diese Forderung von ver.di unterstützen wir. Für uns heißt das: Es wird mehr Personal in den Kindergärten und in anderen erzieherischen Bereichen benötigt. Seit der Einführung des KiBiz (Kinder-Bildungsgesetz) wurde das Personal in den Kitas sogar verringert. Auch die Räumlichkeiten und Arbeitsbedingungen müssen verbessert werden. Das ist nur möglich, wenn die finanzielle Ausstattung gesichert und ausgebaut wird.

„Eure Berufe sichern die Zukunft der Kinder – deshalb muss auch Eure Zukunft und Gesundheit gesichert sein“ schrieb die DKP in einer Erklärung an die Streikenden.



RETTET DIE BILDUNG
NICHT DIE BANKEN UND KONZERNE! SDAJ

RWE-Fans als Wahlkampfobjekte?

Nun isst wieder öffentlich: zwar konnte man die Sponsoren noch nicht präsentieren, aber der erste Spatenstich für das neue Stadion soll noch im August erfolgen. Ein Schelm, wer Wahlkampf darin sieht. Wir bleiben dabei: ja zu den seit Jahren bereit stehenden 7,5 Mio. Euro der Stadt, aber kein wei-

teres Geld aus dem Stadtsäckel. Denn egal wie die großen Parteien es auch drehen, die weiteren geplanten 20 Mio. Euro werden irgendwo anders eingespart. Der Dumme ist am Ende der RWE-Fan selber, weil seinen Kindern in den Umkleiden auf dem Sportplatz nebenan die Badelatschen weg faulen.

Richtigstellung

Ein Fehler unterlief uns im letzten Rotlicht. Nicht der EMG (Essener Marketing Gesellschaft), sondern der EWG (Essener Wirtschaftsförderung) schoben alle Ratsparteien, außer der Fraktion Linke/ DKP/AUF 1,38 Millionen € zu, um diese vor der Pleite zu bewahren.

Altendorf: Abriss zwingt Mieter zum Umzug



Karin Schnittker, Vorsitzende der DKP Essen, aktiv in sozialen Bewegungen; für die Interessen der Mieter, gegen Hartz IV. Kandidiert zur Kommunalwahl 2009

Um hochwertige Wohnungen am See zu errichten, muß auch eine alte Siedlung weichen. Die alten Häuser mit einem derzeitigen Bestand von 180 Wohnungen rund um Rullichstrasse und Niederfeldstrasse, um Weuen- und Amixstrasse sollen abgerissen werden und durch 60 hochwertige Wohnungen für eine ganz andere, eine reiche Gruppe von Mietern ersetzt werden.

Und wie bei vielen Umstrukturierungen ist es auch in Altendorf: Die vom Abriss betroffenen Mieter sind für die Planer nur eine „Randerscheinung“. Die Zukunftsängste der Menschen interessieren weder die Stadtplaner noch die Politiker vor Ort. Manche Menschen wohnen bereits von Geburt an in den Wohnungen, sie haben dort ihr Umfeld, ihre Nachbarn und Freunde gefunden. Und selbst die Enkel leben teilweise „gleich um die Ecke“. Unsicherheit und Wut gibt es bei den Betroffenen. Da die Siedlung seit Jahren nicht mehr instand gehalten wird, sind die Häuser sehr ver-

nachlässigt, mittlerweile stehen viele Wohnungen bereits leer. Daher sind die Mieter, wenn auch schweren Herzens, bereit umzuziehen. Aber Umzug kostet nicht nur Nerven, er kostet auch Geld. Sie wollen nicht noch zusätzlich die Kosten dafür selbst tragen. Sie haben auf einer Mieterversammlung ihre Forderungen an den Allbau für einen freiwillige Umzug diskutiert, denn nach dem Gesetz hat die Allbau AG in diesem Fall keinen anerkannten Kündigungsgrund den Mietern gegenüber. Die Mieter wollen, dass alle Betroffenen ihre berechtigten Interessen von dem Wohnungsunternehmen anerkannt bekommen, dass Mindeststandards für alle zugesagt werden.

Zwar verspricht die Allbau AG Ersatzwohnungen, soziale Begleitung für alte und kranke Mieter und finanzielle Hilfen, diese sollen jedoch nur in ganz individuellen Gesprächen benannt werden. Damit sind die betroffenen nicht einverstanden. So kann es sein, dass ein Mieter, der seinen Umzug selbst in die Hand nimmt, eine ausverhandelte Summe erhält, während andere Mieter, die nicht dazu in der Lage sind, nur Hilfestellung bekommen. Dazu wollte man dann ein Umzugsunternehmen bestellen, deren Angebote man aber jetzt noch nicht unterbreiten könnte.

Alles in allem: Die Unsicherheit aller betroffenen Mieter sind auf keinen Fall beseitigt. Zwar werden alle Mieter vor dem Abriss 6 bis 9 Monate vorher benachrichtigt, aber dennoch ist es eine kurze Zeit solch wichtige Einschnitte in seinem Leben zu meistern.

DKP in Aktion

Die **Demonstration der Schüler** im Rahmen der Bildungsstreik-Kampagne wurde von der DKP unterstützt. **Patrik Köbele** hat als Anmelder die Verantwortung für den friedlichen Verlauf der Demo übernommen. Das war aber gar nicht nötig. Unser Dank gilt den Schülerinnen und Schülern, die ihre berechtigten Forderungen trotz möglicher Repressionen in der Schule auf die Straße tragen. Sollten sie wegen der Teilnahme an der De-



monstration Schwierigkeiten bekommen, werden wir mit unseren Kräften versuchen, diese abzuwenden.

Am 3. April diesen Jahres eröffnete der Laden „**Oseberg**“ auf der Viehofer Straße in der Essener Innenstadt. „Oseberg“ vertreibt Kleidung der Marke „Thor Steinar“, die von Rechten für Rechte produziert wird. Besitzer des Ladens ist die brandenburgische „MediaTex GmbH“, die etliche Filialen betreibt und mit „Oseberg“ jetzt versucht, in Nordrhein-Westfalen Fuß zu fassen. **Da die DKP keine Faschisten in unserer Stadt dulden will, beteiligen wir uns an allen Aktionen** die dafür geeignet sind, den Laden dicht zu machen.



Aus dem Rat

29. April 2009: Im Rahmen des Konjunkturpaket II hat die Fraktion DIE LINKE/DKP/AUF einen Antrag gestellt, dass die Errichtung eines **Kombi-Bades im Essener Nordwesten** geprüft werden soll, da nun zusätzliche Mittel bereit stünden. Das ist abgelehnt worden. Ein zweiter Antrag forderte: Die Mittel zur Umgestaltung der Bezirkssportanlage Mitte II für Nebenplätze des Georg-Melches-Stadions, werden aus dem Konjunkturpakete Teil 2 heraus genommen. Die so frei werdenden Mittel werden für die **Bezirkssportanlage Bäuminghausstraße** eingesetzt, insbesondere für den Neubau des Umkleidegebäudes. Leider auch abgelehnt. Unsere Fraktion stellte einen Antrag auf Auskunft über die Auswirkungen der Wirtschafts-

krise auf die **Einnahmen** der Stadt. Immerhin: Auch die anderen Fraktionen fanden es richtig, dass der Rat sich damit befasst. Ein weiterer Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt zu überprüfen, wie im Rahmen des Kommunal-Kombi Bundesprogramms für Langzeitarbeitslose **zusätzliche sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze** in Essen geschaffen werden können. Abgelehnt mit der Begründung, es gäbe in Essen genügend Job-Programme für Arbeitslose, die besser greifen. Zum **Kinderbericht 2008** wollte eigentlich keiner was sagen, weil der schon in den Ausschüssen diskutiert worden ist. Bis ein Ratsvertreter unserer Fraktion dazu Stellung bezog und die großen Ungerechtigkeiten in der Stadt anprangerte. Erst dann fühlten sich auch

die anderen bemüht, sich dazu zu verhalten. **24. Juni 2009:** Von uns abgelehnt aber vom Rat beschlossen wurde die Erhöhung des Eigenanteils für das **Schoko-Ticket**. Fürs erste Kind von derzeit 10,80 Euro auf 11,20. Die bestehenden **Offenen Ganztagsgrundschulen** bekommen mehr Gruppen. Gut. Aber: die ungerechte A-B-C-Einteilung bleibt und es werden nicht mehr Grundschulen als bisher einbezogen. Das schürt Konkurrenz, die es zwischen Grundschulen nicht geben darf. Abschließend wurde der **Jugendbericht** beraten. Unserem Antrag im Jugendhilfeausschuss, einen Masterplan zu entwickeln, der zu wenigen Ausbildungsplätzen und zu wenigen Sportangeboten Abhilfe schafft, wurde teilweise zugestimmt.